

Dr. Sigrid Jahns
Die Assessoren des Reichskammergerichts
in Wetzlar



Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichs-
kammergerichtsforschung · Heft 2

Dr. Sigrüd Johns

Die Assessoren des Reichskammergerichts

Schriftenreihe der
Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung
Heft 2

(leicht erweiterte Fassung des am 29.11.1985
auf Einladung der Gesellschaft für Reichs-
kammergerichtsforschung und der Stadt Wetzlar
in Stadthaus am Dom zu Wetzlar gehaltenen
Vortrags)

Wetzlar, 1986

Die Assessoren des Reichskammergerichts in Wetzlar

Dr. Sigrid Jahns

An 17. November 1790 wurde die Reichsstadt Wetzlar ein dankwürdiges Schauspiel. An diesem Tag versammelten sich der damalige Kurfürst und Erzbischof von Trier, Johann Hugo von Orsbeck, in seiner Eigenschaft als Kammerrichter, die beiden Präsidenten und die Assessoren des Reichskammergerichts sowie die übrigen aus Saaren reichlichen Richtersonen in bisherigen

Die Assessoren des Reichskammergerichts in Wetzlar

Reichskammergerichts, der Kaiserlichen Thron, und im Beisein einer großen Menschenmenge wurde der Reichskammergerichts-Präsident von des Herrn Kammerrichters Churfürstlichen Gnade in öffentlicher Audienz gehalten. In der ersten Rede des Advocats Fiedl, zu dem die durch den Speyerischen Brand zerstörten Gerichtsorten und aller nach Recht stehender Partheyen, nicht ohne Gedächtnis, mit vieler Seltsamkeit und

(Leicht erweiterte Fassung des am 29.11.1985 auf Einladung der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung und der Stadt Wetzlar im Stadthaus am Dom zu Wetzlar gehaltenen Vortrags)

Geschichte des Reichskammergerichts und der Urachen. Die solche reichlichen Personen, die zum Reichskammergericht des Catholischen Theils des Reichs, ihren Kammergerichtlichen Advocaten und Procuratoren, zu unterthänigster Beistandung des höchsten Reichlichen Conclaves Pleni von 25. September 1790 (S. 1. J.) . 5. 85 1 34.



1 A 37968

(c) Gesellschaft für
Reichskammergerichtsforschung
Eigendruck 1986
Auflage: 500/11/86

(Ser. 36813-2)

Die Assessoren des Reichskammergerichts in Wetzlar*

Am 15. Mai 1693 erlebte die Reichsstadt Wetzlar ein denkwürdiges Schauspiel. An diesem Tag versammelten sich der damalige Kurfürst und Erzbischof von Trier, Johann Hugo von Orsbeck, in seiner Eigenschaft als Kammerichter, die beiden Präsidenten und die Assessoren des Reichskammergerichts sowie die übrigen aus Speyer geflüchteten Gerichtspersonen im bisherigen Wetzlarer Rathaus am Fischmarkt. Der Kammerichter bestieg seinen kammerrichterlichen Thron, und im Beisein einer großen Menschenmenge wurde das Reichskammergericht "durch einen von des Herrn Cammerrichters Churfürstlichen Gnaden in öffentlicher Audienz gehaltenen Vortrag und zierliche Rede des Advocati Fisci, zur höchsten Freude der durch den Speyerischen Brand sehr verarmten Gerichtspersonen und aller nach Recht seufzender Partheyen, nicht ohne Gemüthsbewegung, mit vielen Solennitäten endlich einsweilen wieder eröffnet"¹.

*Dieser Vortrag beruht auf einer größeren Untersuchung, die vorgestellt wird in: Sigrid Jahns, Juristen im Alten Reich - Das richterliche Personal des Reichskammergerichts 1648-1806. Bericht über ein Forschungsvorhaben, in: Forschungen aus Akten des Reichskammergerichts, hg. von Bernhard Diestelkamp, Köln - Wien 1984 = Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 14, S.1-40. Im Hinblick auf die zukünftige Publikation dieser Untersuchung wird hier abgesehen von wörtlichen Zitaten und einigen anderen Ausnahmen auf Belege verzichtet.

¹Geschichte der Verlegung des Cammergerichts und der Ursachen, die solche veranlassen können; nebst einem wohlwogenen Gutachten des Catholischen Theils des Kayserlichen Cammergerichts Advocaten und Procuratoren, zu unterthänigster Folgeleistung des Höchstverehrlichen Conclusi Pleni vom 25. September 1770 (o.o., o.J.), S.88 § 96.

Für Magistrat und Bürgerschaft der Reichsstadt Wetzlar war diese feierliche Wiedereröffnung des Reichskammergerichts eine Stunde des Triumphs, die Krönung ihrer mehrjährigen Bemühungen, das Reichskammergericht in ihre Mauern zu ziehen. Dieser Erfolg gründete sich auf der Katastrophe einer anderen Reichsstadt. Zu Pfingsten 1689 hatten die Franzosen während des Pfälzischen Erbfolgekriegs die Stadt Speyer in Schutt und Asche gelegt. Damit war auch das Reichskammergericht, neben dem Wiener Reichshofrat eines der beiden höchsten Gerichte des Alten Reiches, das seit 1527 seinen Sitz in Speyer gehabt hatte, heimatlos geworden. Die meisten Reichsstädte, die für die Verlegung des Reichskammergerichts in Frage kamen, hatten seine Aufnahme vor allem aus Sorge um ihre Autonomie hartnäckig verweigert, allen voran die Reichs- und Messestadt Frankfurt. Dagegen zeigte sich keine der in Vorschlag gekommenen Reichsstädte bereitwilliger, das Reichskammergericht aufzunehmen, als Wetzlar. Die kleine Reichsstadt, die seit dem Spätmittelalter hochverschuldet war, erhoffte sich vom Zuzug des Gerichtspersonals und seiner Familien sowie vom vorübergehenden Aufenthalt rechtsuchender Parteien einen wirtschaftlichen Aufschwung. Um dieses Zieles willen nahm es die überwiegend lutherische Bürgerschaft Wetzlars in Kauf, sich den zum Teil gravierenden Auflagen und Forderungen der Kameralpersonen beugen zu müssen, von baulichen Verbesserungen wie der Abschaffung der feuergefährlichen Strohdächer und der Bereitstellung

zumutbarer Wohnungen bis hin zu umfassenden konfessionellen Zugeständnissen an den katholischen Teil des Gerichtspersonals.

Die energischen Bemühungen des Wetzlarer Magistrats bei Kaiser und Reich, seine weitreichenden Zugeständnisse und Versprechungen hatten den gewünschten Erfolg. Anfang 1690 nahm das Reichskammergericht in Wetzlar zunächst inoffiziell, im Mai 1693 mit der eingangs beschriebenen feierlichen Eröffnungssitzung und ersten Audienz auch offiziell seine Tätigkeit wieder auf.

Seit 1690/93 also barg die politisch und wirtschaftlich damals nur noch unbedeutende Reichsstadt Wetzlar eine der höchsten Institutionen der Reichsverfassung in ihren Mauern. Für über hundert Jahre lang war es neben Wien, der Residenz des kaiserlichen Hofes, dem Sitz des Reichshofrats und der Reichshofkanzlei, sowie neben Regensburg, dem Tagungsort der Reichsversammlung, eines der Zentren, in denen sich Existenz und Einheit dieses Reiches noch am sichtbarsten verkörperten.

Das Reich kam nach Wetzlar nicht nur in Gestalt eines Thronsessels und Baldachins für den Kammerrichter sowie seines Richterstabes, dem Zeichen seiner höchst-richterlichen Gewalt. Es kam auch in Gestalt riesiger Aktenstöße, Allongeperücken und schwarzer Richter-
roben, sechsspänniger Kutschen und Sänftenträger, gesteigerter Bedürfnisse an Wohnung, Konsum, Bildung

und Geselligkeit. Und es kam in zahlenmäßig erdrückender Übermacht, die das privilegierte Gerichtspersonal innerhalb der Wetzlarer Bürgerschaft zum Staat im Staate machte. Zwar wuchs im Verlauf des 18. Jahrhunderts nicht nur die Zahl der "Kameralen", sondern auch die der Wetzlarer Bürger beträchtlich. Aber nach einer Zählung von 1805 gehörten bei einer Gesamtbevölkerung von 5162 Einwohnern 901 dem Gericht an, eingeschlossen die Familienangehörigen der Kameralbediensteten².

Diese Gruppe der Kameralen war allerdings in sich keineswegs homogen, sondern nach Funktion und sozialem Status stark differenziert sowie hierarchisch außerordentlich gegliedert. Sie reichte vom Kammerrichter, dem Repräsentanten der kaiserlichen Gerichtshoheit, bis hinunter zu den Pedellen, dem Holzanschneider sowie den Kammerboten zu Pferd und zu Fuß. Und sie war gestaffelt in drei Großgruppen: die Kanzleiangehörigen, die Parteivertreter – die RKG-Advokaten und -Prokuratoren – sowie das Kameralkollegium. Dieses "Collegium Camerale" war das Richterorgremium des Reichskammergerichts und stellte entsprechend dieser Funktion die ranghöchste Gruppe der Kameralpersonen dar. Es setzte sich aus einem Kammerrichter, zwei Präsidenten sowie den Beisitzern oder Asses-

² August Schoenwerk, Geschichte von Stadt und Kreis Wetzlar, 2. überarbeitete und erweiterte Aufl. von Herbert Flender, Wetzlar 1975, S.279 f.

soren zusammen. Von den letzteren gehörten zu Beginn der Wetzlarer Zeit höchstens 13, bei Auflösung des Reiches höchstens 25 gleichzeitig dem Kameralkollegium an. Während der Kammerrichter und die beiden Präsidenten in erster Linie Direktorial- und Repräsentationsfunktionen wahrzunehmen hatten, handelte es sich bei den im Rang nachfolgenden Beisitzern um die Richter im eigentlichen Sinne, ihnen oblag ausschließlich das Referieren und Votieren in Prozeßsachen, also die Urteilsfindung.

Entgegen der heute üblichen Bedeutung des Wortes Gerichtsassessor gehörten die Assessoren des Reichskammergerichts zu den Spitzenbeamten in der Ämterhierarchie des Alten Reiches, in Funktion und Rang vergleichbar den Richtern unserer heutigen Bundesgerichte. Ein Jurist, der ein RKG-Assessorat anstrebte, griff also hoch.

Die hohe beruflich-soziale Selbsteinschätzung dieser Amtsträger tritt uns bildlich entgegen in dem Porträt, das einer der berühmtesten Assessoren der Wetzlarer Zeit, Johann Ulrich Freiherr von Cramer, von sich anfertigen ließ. Auf diesem Kupferstich, der auf der Einladung zu diesem Vortrag reproduziert ist, sehen wir Cramer in der damaligen schwarzen Dienstrobe der RKG-Assessoren, der seit 1734 üblichen spanischen Tracht mit kurzem Umhang, schwarzen Seidenstrümpfen, Degen und Allongeperücke. Im Hintergrund Cramers Studierzimmer mit den Stößen von Prozeßakten, die er zu bearbeiten hatte.

Johann Ulrich Freiherr von Cramer war zwanzig Jahre lang, von 1752 bis zu seinem Tod 1772, in Wetzlar als RKG-Beisitzer tätig. Gleich ihm hielten viele andere Juristen das Amt eines Assessors an diesem höchsten Reichsgericht für ein so erstrebenswertes Karriereziel, daß gerade in der Wetzlarer Zeit an Bewerbern um diese hohe Richterposition kein Mangel war. Die 1689 gestellte düstere Prognose, kein arrivierter Jurist werde als RKG-Assessor an einen so wenig achtbaren Ort wie Wetzlar gehen³, bewahrheitete sich also nicht. In den über hundert Jahren zwischen der offiziellen Wiedereröffnung in Wetzlar 1693 und der Auflösung des Gerichts 1806 amtierten dort insgesamt 122 Juristen zumeist viele Jahre ihres Lebens hindurch als Beisitzer.

Der später als preußischer Justizminister bekannt gewordene RKG-Assessor Karl Christoph Albert Heinrich von Kamptz urteilte 1806 in seinen "Reminiscenzen bey der Auflösung des Kaiserlichen und Reichskammergerichts" über die rund 500 Juristen, die in den drei Jahrhunderten seit der Gründung dieses Gerichts im Jahre 1495 dort als Assessoren tätig gewesen waren: "Kein Tribunal hat wohl von seinem Anfange an bis zu seiner Auflösung so allgemein vor-

³ Zweiter Kameralbericht über die Stadt Wetzlar aus dem Jahre 1689. Druck: Georg Melchior von Ludolff, Historia sustentationis judicii supremi Camerae Imperialis, Frankfurt a.M. 1721, S.441-445, hier S.444.

zügliche Männer unter seinen Mitgliedern gezählt als das Reichskammergericht, welches in allen Perioden seiner Existenz das Aggregat redlicher, thätiger und fähiger Rechtsgelehrten, die Auswahl treflicher bisheriger Territorialdiener und die Pflanzschule ausgezeichneten Minister war"⁴.

Mag von Kamptz' Urteil auch durch Wehmut und persönliche Befangenheit verklärt worden sein – trotz mancher Abstriche, die wir heute vornehmen müssen, war seine Lobrede im großen und ganzen doch zutreffend.

Und ein weiteres ist zu konstatieren: Der Selbstauffassung der RKG-Assessoren von der hohen Bedeutung ihres Amtes sowie der nicht nur bei von Kamptz, sondern auch bei anderen, vor oder bald nach 1806 schreibenden Autoren nachzulesenden positiven Bewertung dieser Reichsrichter steht krass die Tatsache entgegen, daß wir heute, fast 180 Jahre nach der Auflösung des Reichskammergerichts, über diese richterliche Funktionselite des Alten Reiches kaum noch etwas wissen. Nur wenige RKG-Assessoren wurden in modernen biographischen Nachschlagewerken mit Einzelbiographien gewürdigt. Es handelt sich zum einen um RKG-Beisitzer, die sich als Kameralsschriftsteller mit Werken über die Verfassung und Judikatur des Reichskammergerichts einen Namen machten. Ich nenne aus der Wetzlarer Zeit nur Georg Melchior von Ludolf, Johann Heinrich Freiherrn

⁴ Kamptz' "Reminiscenzen" s. in: Reichskammergerichtliche Miscellen, hg. von Joseph Anton Vahlkampf, Bd. 2, Gießen - Wetzlar 1806, S.466-486, Zitat ebd. S.470.

von Harpprecht oder den hier porträtierten Johann Ulrich Freiherrn von Cramer, den Herausgeber der "Wetzlarischen Nebenstunden".

Zum anderen handelt es sich um Juristen, die weniger wegen ihrer Wetzlarer Assessorentätigkeit, sondern wegen einer späteren bedeutsamen staatsmännischen Karriere der Erinnerung für wert befunden wurden, so der in der Auflösungsphase des Reiches als kurmainzischer Hof- und Staatskanzler amtierende Franz Joseph Freiherr von Albin, der bereits erwähnte spätere preußische Justizminister von Kamptz oder der vom RKG-Assessor zum Kammerrichter und schließlich nach 1806 bis zum bayerischen Justizminister der Reformära aufgestiegene Heinrich Aloys Graf Reigersberg. Die große Mehrheit der RKG-Beisitzer jedoch, und das gilt auch für die 122 Assessoren der Wetzlarer Zeit, fiel nach dem Untergang des Alten Reiches ebenso der Vergessenheit anheim wie die Institution, der sie gedient hatten.

Dies änderte sich erst in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten im Zuge eines wiedererwachten wissenschaftlichen Verständnisses und Interesses für die besondere politische, verfassungsrechtliche und soziale Struktur des Alten Reiches, für Ausmaß und Grenzen seiner Leistungen, für das Fortwirken solcher Leistungen, Traditionen und ideellen Werte über den Zusammenbruch von 1806 hinaus. Im Zuge dieser gewandelten Einstellung zur Geschichte des

Alten Reiches wandten sich seit den sechziger Jahren zunächst vor allem die Rechtshistoriker wieder stärker der Erforschung des Reichskammergerichts als einer zentralen Institution der frühneuzeitlichen Rechts- und Verfassungsgeschichte zu. Naturgemäß stand und steht dabei der eigentliche Daseinszweck des Gerichts, seine rechtsprechende Tätigkeit, im Vordergrund. Bernhard Diestelkamp hat uns vor einem Jahr an dieser Stelle eindringlich vor Augen geführt, was die rechtsgeschichtliche Forschung bei der Erschließung und wissenschaftlichen Auswertung des äußerst umfangreichen, am Reichskammergericht erwachsenen Materials an Prozeßakten bereits geleistet hat und noch leisten muß, um die rechtsprechende, friedensstiftende Funktion dieses höchsten Reichsgerichts voll zu würdigen, seine Bedeutung für die Entwicklung des Rechtsstaatsgedankens herauszustellen und damit bei aller Einsicht in die Mängel und Schwächen des Kammergerichts insgesamt zu gerechteren Urteilen über seine Leistung zu gelangen.

Parallel zu den Anliegen der Rechtsgeschichte entwickelten auch die Historiker neue Forschungsansätze, um Wesen und Funktionieren des Alten Reiches besser als bisher zu verstehen. Das bedeutete vor allem auch, über die traditionelle reine Institutionen- oder Behördengeschichte hinauszugehen und die Verfassungsgeschichte des Alten Reiches um die Dimension der Sozialgeschichte

zu erweitern. Unter diesem Gesichtspunkt wurde auch eine systematische Erforschung des reichskammergerichtlichen Personals, speziell des Kameralkollegiums, von Interesse. Denn bei diesem höchstrichterlichen Gremium handelt es sich ja nicht nur um eine beliebige Personengruppe, sondern um einen verfassungsgeschichtlich höchst bedeutsamen Sozialkörper des Alten Reiches. Die Assessoren des Reichskammergerichts verdienen kraft ihrer hohen Position als oberste Reichsrichter nicht nur als Einzelpersonlichkeiten unsere Beachtung. Die Mechanismen, nach denen die Besetzung des Kameralkollegiums zustande kam, die Summe der sozialen und beruflichen Eigenschaften, die die Assessoren in ihrer Gesamtheit verkörperten, sind nicht nur von Relevanz für unser Wissen über das Reichskammergericht. Sie sind weit darüber hinaus aussagekräftig für die politische, verfassungsrechtliche und soziale Struktur des Alten Reiches, für die Spielregeln, nach denen dieses uns heute so fremdartig erscheinende Gebilde unserer geschichtlichen Vergangenheit funktionierte, für die Art und Weise, wie sich Führungsschichten in der ständischen Gesellschaft der frühen Neuzeit rekrutierten.

Eine sozialgeschichtliche Analyse des am RKG tätigen Richterpersonals ist ferner auch erforderlich, um rechtsgeschichtlich bedeutsame Aspekte wie zum Beispiel den Zusammenhang von Richterpersönlichkeit und Urteilsfindung, die Ausbildung und Professional-

sierung des Juristenstandes oder die wechselseitige Beeinflussung von territorialer und Reichsgerichtsbarkeit in den Griff zu bekommen.

Von diesen Forschungsinteressen geleitet, habe ich in den vergangenen Jahren Besetzung und Sozialstruktur des Kameralkollegiums, vor allem der Assessoren, gerade auch in der Wetzlarer Zeit des Reichskammergerichts systematisch untersucht.

Aus dem breiten Spektrum der dabei gewonnenen Ergebnisse sollen im folgenden nur einige wenige exemplarisch vorgeführt werden. Konzentrieren möchte ich mich auf folgende Fragen:

Erstens: Wie wurde man RKG-Assessor, das heißt: nach welchem Verfahren wurden die Richterstellen am Reichskammergericht besetzt?

Zweitens: Welche Eingangsvoraussetzungen mußten Aspiranten auf ein RKG-Assessorat nach Maßgabe der Kammergerichtsordnung und ergänzender Kameralgesetze erfüllen?

Drittens: Was erfahren wir über die soziale und geographische Herkunft der in der Wetzlarer Zeit amtierenden Assessoren?

Viertens und letztens: Was lernen wir über Studium und Karriereverläufe dieser Reichsrichter im 18. Jahrhundert?

Erstens also zur Art und Weise, wie die Beisitzerstellen besetzt wurden. An diesem "Kaiserlichen und des Reichs Kammergericht", das die Stände dem Reichsoberhaupt im Zuge der Reichsreform 1495 abgerungen hatten, hatte sich schon um 1500 ein kompliziertes Verfahren zur Rekrutierung des Kameralkollegiums herausgebildet. In diesem Besetzungsmodus kam die dualistische Struktur der Reichsverfassung, also das Gegenüber von Kaiser und Reichsständen, institutionell zum Ausdruck. Das heißt konkret: Nur das Direktorium des Kameralkollegiums, bestehend aus dem Kammerrichter und den zuletzt zwei Präsidenten, wurde ausschließlich vom Kaiser ernannt. Die Besetzung der Assessorate, der Richterstellen im engeren Sinne, kam dagegen auf Grund des sogenannten Präsentationssystems zustande. Dabei handelte es sich um ein Vorschlagsverfahren, an dem außer dem Kaiser sämtliche Kurfürsten und alle Reichskreise – und im Rahmen dieser Reichskreise wiederum die meisten Fürsten und zahlreiche kleinere Reichsstände – beteiligt waren. Am Ende der Wetzlarer Zeit konnten Kaiser, Kurfürsten und Reichskreise auf der Basis eines ausgeklügelten Proporzsystems zusammen auf 27 Assessorate präsentieren, wobei die Reichsstände in ihrer Gesamtheit gegenüber dem Kaiser dominierten.

In diesem Übergewicht der Reichsstände bei der Besetzung der Assessoratenstellen kam der primär reichsständische Charakter des Kammergerichts am deutlichsten zum Ausdruck. Hier lag ein prinzipieller Unterschied gegenüber dem Reichshofrat in Wien, dem

anderen höchsten Reichsgericht. Für die Besetzung des Reichshofratskollegiums war ausschließlich der Kaiser zuständig. Die Reichsstände blieben davon bis zum Ende des Alten Reiches ausgeschlossen.

Das beschriebene Präsentationssystem spiegelte nicht nur die verfassungsrechtlichen, machtpolitischen und konfessionellen Verhältnisse in dem zersplitterten Alten Reich wieder, es hat naturgemäß auch die Sozialstruktur des Kameralkollegiums geprägt. Denn infolge der Vielzahl der präsentationsberechtigten Instanzen wiesen die RKG-Assessoren die unterschiedlichsten geographischen und sozialen Herkunft auf. Ich werde noch darauf zurückkommen.



Für einen Juristen, der Aspirationen auf ein durch Tod oder Resignation frei gewordenes RKG-Assessorat hatte, bedeutete das Präsentationssystem also, daß er sich nicht direkt beim Reichskammergericht bewerben konnte. Vielmehr mußte er sich zumeist in Konkurrenz mit mehreren anderen Kandidaten bei dem betreffenden Reichsstand, der kraft seines Präsentationsrechts für die Wiederbesetzung des vakanten Assessorats zuständig war, um die Erlangung einer Präsentation bemühen. Naturgemäß war dieses ganze Verfahren anfällig für Beziehungen und Empfehlungen. Es verhinderte, daß ausschließlich Spitzenbegabungen Präsentationen auf ein RKG-Assessorat erhielten. Dennoch kommen hervorragende Juristen unter den Beisitzern des 18. Jahrhunderts immer wieder vor. Und

auch bei den übrigen Wetzlarer Reichsrichtern war ein solides Maß an Amtseignung des mit einer Präsentation Begünstigten in der Regel doch gegeben, schon weil die Zurückweisung eines unqualifizierten Kandidaten durch das Kammergericht als Blamage auch auf den Präsentationshof zurückfiel.

Damit kommen wir auf den eingebauten Kontrollmechanismus in diesem Präsentationsverfahren: Denn komplementär zum Recht des Kaisers, der Kurfürsten und der Reichskreise, einen Juristen zum RKG-Assessor zu präsentieren, besaß das Kameralkollegium das Recht und die Pflicht, die präsentierten Kandidaten im sogenannten General- und Spezialexamen auf ihre persönliche und fachliche Eignung hin zu prüfen sowie die Rechtsgrundlage ihrer Präsentation zu untersuchen.

Je nach Ausgang der Prüfung hatte das Kameralkollegium den präsentierten Juristen entweder bei erwiesener Eignung auf sein neues Assessorenamt einzuberufen und als Richter zu vereidigen oder aber im gegenteiligen Fall zurückzuweisen und den betreffenden Präsentationshof zur Präsentation eines fähigeren Kandidaten aufzufordern.

Die Richter des Kameralkollegiums sahen in diesem ihnen reichsgesetzlich aufgetragenen unparteiischen und freien, das heißt von den Präsentanten nicht beeinflussten Prüfungsrecht die "Seele" des reichskammergerichtlichen Justizwesens. Denn von der sorgfältigen Prüfung und von der Aufnahme nur solcher

Juristen, die persönlich und fachlich geeignet waren, hingen Qualität und Effizienz dieses Reichsgerichts sowie das Vertrauen der Reichsöffentlichkeit in seine Rechtsprechung ab. Insgesamt wirkte sich dieser für seine Zeit sehr moderne und für die Territorialgerichte vorbildlich gewordene Prüfungsmodus trotz mancher Begünstigung oder Ungerechtigkeit im Einzelfall insgesamt doch positiv auf das Leistungsniveau der Beisitzer aus. Die Tatsache, daß in der Wetzlarer Zeit ein gutes Dutzend auf ein RKG-Assessorat präsentierter Juristen in den Examen durchfielen, spricht hier für sich.

Andererseits kann man sich auch leicht vorstellen, daß das Präsentations- und Prüfungsverfahren ein erhebliches Konfliktpotential in sich barg. Dies galt vor allem im 18. Jahrhundert, als die mächtigeren Reichsstände wie Brandenburg-Preußen, Kursachsen oder auch der Kaiser selbst immer weniger bereit waren, eine Zurückweisung des von ihnen präsentierten Juristen zu akzeptieren, verbunden mit dem Versuch, das unabhängige Prüfungsrecht des Kameralkollegiums zu unterlaufen.

Zweitens: Welche persönlichen und fachlichen Eingangsvoraussetzungen mußte ein Jurist nun erfüllen, wenn er durch die Schleuse des Präsentations- und Aufnahmeverfahrens hindurch auf ein RKG-Assessorat gelangen wollte?

Nach den Vorschriften der seit 1555 geltenden Kammergerichtsordnung mußten alle Aspiranten auf ein Beisitzeramt "eines erbaren wesens und wandels, auch

rechter, natürlicher, ehrlicher geburt" sowie "auß
teutscher nation geborn" sein⁵. Damit waren alle un-
ehelich Geborenen, auch die nachträglich Legitimier-
ten, vom höchsten Richteramt im Alten Reich ausge-
schlossen. Eheliche Geburt vorausgesetzt, kannten
die Kameralgesetze nur zwei soziale Kategorien:
Ritterbürtige und Graduierte. Ritterbürtigkeit be-
deutete im Sinne der Kameralverfassung, daß minde-
stens Eltern und Großeltern väterlicher- und müt-
terlicherseits bereits adlig sein mußten, wobei es
sich entweder um reichsunmittelbaren oder um land-
sässigen alten Adel handeln konnte. Diese aus der
Ritterschaft stammenden RKG-Präsentati brauchten
den Standesvorstellungen der ständischen Gesell-
schaft entsprechend nicht promoviert zu sein. Alle
anderen Beisitzerkandidaten, waren sie nun bürger-
lich oder durch ein kaiserliches Adelsdiplom frisch
geadelt, mußten sich am RKG als Graduierte qualifi-
zieren, d.h. sie mußten als soziales Äquivalent für
die fehlende Ritterbürtigkeit den juristischen Dok-
tor- oder Lizentiatengrad besitzen.

Abgesehen von dieser geburtsständischen Differenzie-
rung legten aber die Kameralgesetze an beide Gruppen
hinsichtlich Vorbildung und Vorkarriere dieselben
leistungsorientierten Maßstäbe an. Ritterbürtige
wie Graduierte mußten ein mehrjähriges juristisches

⁵ Die Reichskammergerichtsordnung von 1555, eingeleitet und
hg. von Adolf Laufs, Köln - Wien 1976 = Quellen und For-
schungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 3,
S.75 f. (Tl.1 Tit.3 § 2).

Studium absolviert und sich anschließend während ihrer Vorkarriere zum Beispiel als landesfürstliche Räte, als Advokaten oder – im Rahmen der Spruchfähigkeit der Juristenfakultäten – als Professoren in der gerichtlichen Praxis geübt haben. Das Reichskammergericht – darin im 16. Jahrhundert modern und vorbildlich – unterwarf also die Altadligen, wenn sie sich den Zugang zum Assessorat nicht versperren wollten, demselben Zwang zur Professionalisierung wie die bürgerlichen oder neuadligen Juristen.

Zieht man die Summe aus den referierten Eingangsvoraussetzungen, die Vorbedingung für die Erlangung eines RKG-Assessorats waren, dann weist dieses in der Kammergerichtsordnung verankerte Normensystem ein beträchtliches Maß an Offenheit und Chancengleichheit auf. Eignung und Leistung, standesübergreifend gleichermaßen von Bürgerlichen und Neuadligen wie Ritterbürtigen gefordert, durch Studium und Vorkarriere unter Beweis gestellt und vom Kameralkollegium im fachlichen Examen überprüft, sollten – von legitimer Geburt und moralischer Integrität einmal abgesehen – ausreichen, um den Zugang zum Richteramt am Reichskammergericht zu eröffnen.

Diesem Befund scheint ein anderer diametral entgegengustehen: In den Assessorenlisten des seit 1741 jährlich in Wetzlar erscheinenden Kameralkalenders herrschen die Träger adliger Prädikate vom einfachen "von" bis zum Freiherrntitel vor. Beisitzer ohne irgendein Adelsprädikat sind in den gedruckten Assessorenverzeichnissen der Wetzlarer Zeit in der äußersten Minderzahl. Der

juristische Doktor- oder Lizentiatengrad wird seit Beginn des 18. Jahrhunderts in allen gedruckten Listen des Kameralpersonals bei keinem einzigen Assessoren-namen erwähnt. War das Richterkollegium des Reichskammergerichts also aller theoretischen Offenheit zum Trotz doch in Wirklichkeit nur ein sozial exklusiver Kreis, zugänglich nur für juristisch Qualifizierte aus einer dünnen Oberschicht der ständischen Gesellschaft? Handelte es sich, wie noch 1967 in einer Wetzlarer Jubiläumsschrift nachzulesen ist, nicht nur bei dem Kammerrichter und den beiden Präsidenten, sondern auch bei den Assessoren "zum größeren Teil" um Juristen "von hohem Adel"⁶?

Dieser in den gedruckten Assessorenverzeichnissen und ebenso auch in Selbstdarstellungen einzelner Assessoren vermittelte Eindruck geburtsständischer Exklusivität und Geschlossenheit entspricht allerdings nicht der sozialgeschichtlichen Wirklichkeit. Der porträtierte RKG-Assessor Johann Ulrich Cramer ist dafür ein gutes Beispiel. Zwar titulierte er sich unter seinem Porträt zu Recht als "Liber Baro", als Freiherr von Cramer. Aber in den Freiherrnstand war Cramer erst 1745 im Zuge seiner Karriere erhoben worden. Von Geburt war Cramer bürgerlicher Herkunft. Sein Vater war ein allerdings wohlhabender und angesehener Kaufmann und Ratsherr in Ulm. Unter seinen älteren Vorfahren

⁶ 1767 - 1967. 200 Jahre Zeitung in Wetzlar, Sondernummer der Wetzlarer Neuen Zeitung, Juli 1967, S.41.

befinden sich neben Kaufleuten, Pfarrern und Juristen auch mehrere Ulmer Handwerker, die wiederum aus der bäuerlichen Oberschicht eines Dorfes in der Nähe von Ulm hervorgingen. Cramer war also nicht altadlig, geschweige denn hochadlig, sondern nur neu- oder briefadlig, und das machte in der ständischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts einen großen Unterschied aus. Was für Cramer gilt, gilt auch für die meisten anderen Assessoren der Wetzlarer Zeit. Nur rund ein Viertel von ihnen stammte wirklich aus altadligen bzw. ritterbürtigen Familien. Die übrigen waren mehrheitlich bürgerlich geboren und ließen sich im Zuge ihrer Karriere meistens ebenso wie Cramer den Briefadel verleihen, wenn nicht schon ihr Vater ein Adelsdiplom erworben hatte.

Bezeichnend für das Standesbewußtsein all dieser neuadligen RKG-Assessoren ist, daß sie auf der Höhe ihres sozialen und beruflichen Aufstiegs ihre bürgerliche Herkunft gern vertuschten. Dazu gehörte auch, daß sie nach der Nobilitierung von ihrem juristischen Doktor- oder Lizentiatengrad, der in der Gruppe der nicht altadligen Juristen ja zu den unabdingbaren Eingangsvoraussetzungen für die Erlangung eines RKG-Assessorats gehörte, keinen Gebrauch mehr machten – so auch Johann Ulrich Freiherr von Cramer in der Legende unter seinem Kupferstichporträt. Im 16. und im 17. Jahrhundert, als die akademischen Grade noch einen höheren wissenschaftlichen und sozialen Prestigewert besaßen, hatten die

bürgerlichen und die damals zahlenmäßig noch wenigen neuadligen RKG-Assessoren ihren teuer erworbenen Doktorgrad noch stolz als Statussymbole getragen. In der Wetzlarer Zeit dagegen führte der beschriebene neue Trend so weit, daß sich sogar viele derjenigen rund 15 % RKG-Assessoren mit "von" titulieren ließen und ihren Doktorgrad verschwiegen, die bis an ihr Lebensende bürgerlichen Standes blieben und niemals ein Adelsdiplom erwarben. All dies trug dazu bei, nach außen hin den täuschenden Eindruck zu erwecken, als handele es sich bei den RKG-Assessoren der Wetzlarer Zeit um eine sozial exklusive Gruppe, die Aufsteigern keine Chance gelassen hätte.

Je intensiver man sich aber – und damit komme ich zu meinem dritten Punkt – mit der sozialen Herkunft dieser im 18. Jahrhundert amtierenden obersten Reichsrichter beschäftigt, vor allem mit den Berufen ihrer Väter, Großväter und weiteren Vorfahren, um so stärker wird deutlich, wie groß die soziale Differenzierung innerhalb dieser richterlichen Funktionselite des Ancien Régime war.

Schon in der Gruppe der RKG-Beisitzer aus ländlichen oder reichsritterschaftlichen Adelsgeschlechtern gab es hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft und Karrierechancen beträchtliche Spannweiten. Gegenüber einem Juristen, der aus der re-

gierenden kurhannoverschen Aristokratie stammte und mehrere Minister unter seinen Vorfahren zählte, hatte es zum Beispiel ein altadliger Standesgenosse aus einer verarmten landadligen Familie mit bisher rein militärischen Berufstraditionen sehr viel schwerer, eine juristische Spitzenkarriere bis hin zum RKG-Assessor einzuschlagen, weil es ihm dazu an Geld und einflußreichen Beziehungen mangelte.

Noch unterschiedlicher waren die Startchancen für eine spätere Assessorenkarriere in der Gruppe der bürgerlich/neuadligen Juristen, die in der Wetzlarer Zeit auf ein RKG-Assessorat präsentiert wurden. Mustert man in dieser Assessorengruppe die Vaterberufe, dann fallen zunächst vor allem die breitgefächerten Tätigkeiten in Justiz und Verwaltung auf, die bereits ein volles juristisches Studium voraussetzten. Dabei machte es allerdings für die Bildungs- und Karrierechancen des Sohnes (und späteren RKG-Beisitzers) schon einen großen Unterschied, ob der Vater etwa nur Stadtschultheiß, Amtmann oder Rentmeister in der Provinz oder aber Professor, Hofrat, Oberappellationsgerichtsrat, Geheimer Rat, Reichshofrat oder Reichstagsgesandter war. Neben den juristisch qualifizierten Vätern sind Mediziner und Pfarrer in der Minderzahl.

Waren die Ausgangspositionen für bürgerlich/neuadlige RKG-Assessoren aus akademischen Elternhäusern schon sehr unterschiedlich, so vergrößert sich die Ungleichheit der Startbedingungen noch, wenn man die Gruppe der RKG-Assessoren einbezieht, deren Väter mehr oder weniger universitätsferne Tätigkeiten ausübten. Und selbst innerhalb dieser Vaterberufe war die Differenzierung beträchtlich. Sie reichte vom wohlhabenden Kaufmann, der für städtische Ehrenämter abkömmlich war – wie dem Vater Johann Ulrich Freiherrn von Cramers –, bis zum zünftigen Handwerker, subalternen Beamten oder einfachen Soldaten. So finden wir unter den Juristen, die in der Wetzlarer Zeit auf ein RKG-Assessorat präsentiert wurden, zum Beispiel Söhne von Maurern, Bierbauern oder Landgerichtspedellen, den Sohn eines Hofkutschers und Enkel eines Roßarztes, den Sohn eines Soldaten und Enkel eines Sattlers. Juristen solcher sozialen Herkunft hatten aber im Zuge ihres Aufstiegs unter den Rahmenbedingungen der ständischen Gesellschaft große Schwierigkeiten und Vorurteile zu überwinden, und zwar gerade auch bei der Erlangung einer Spitzenposition wie des RKG-Assessorats. Das zeigt sich daran, daß einige von ihnen im Zuge ihrer RKG-Präsentation auf den erbitterten Widerstand des Kameraalkollegiums stießen. Auf dem Hintergrund zunehmender Abschließungstendenzen sowie eines übersteigerten Standesbewußtseins der juristischen Spitzenberufe neigte nämlich vor allem in der Mitte des 18.

Jahrhunderts eine Mehrheit der amtierenden Assessoren dazu, Aufsteigern aus schlichtbürgerlichen, vor allem handwerklichen Kreisen den Zugang zum Beisitzeramt an diesem höchsten Reichsgericht zu verwehren, weil sie angeblich "aus dem geringsten und letzten Pöbel entsprossen" und deshalb der Bekleidung solch eines illustren Richteramts ganz und gar unwürdig seien⁷. Jedoch blieben solche zeitweisen Ausgrenzungsbestrebungen einer in sozialem Kastendenken befangenen Assessorenmehrheit erfolglos und konnten Juristen aus einfachen bürgerlichen Verhältnissen nicht vom Kameralkollegium fernhalten. Das war vor allem vorurteilsloser denkenden präsentationsberechtigten Reichsfürsten und ihren Bürokratien zu danken, die in solchen Fällen Druck auf das Kameralkollegium ausübten. Aber auch innerhalb der Assessorenschaft gab es aufgeklärt denkende Gegenkräfte, die sich der Einsicht in die Realität sozialer Mobilität nicht versperrten.

RKG-Assessoren aus solchen kleinbürgerlichen Verhältnissen, deren Biographien von einer enormen Aufstiegsdynamik gekennzeichnet sind, finden sich zwar das ganze 18. Jahrhundert hindurch immer wieder. Insgesamt sind sie aber in der Minderheit. Geht man jedoch in der Gruppe der nicht altadligen RKG-Beisitzer, deren Väter bereits einen höheren sozial-beruflichen Status hatten, in die weiteren Vorfahrgenerationen

⁷ Das RKG an Kaiserin Maria Theresia, Wetzlar, 15.5.1753, Konzept: Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt, RKG IV B 1/8 fol.67-68. Die wörtlich zitierte Textpassage wurde im Konzept gestrichen und nicht mit in die Ausfertigung übernommen.

zurück, dann begegnen wir auch in diesen Familiengeschichten immer häufiger den entscheidenden sozialen Bruchstellen wie zum Beispiel dem Übergang aus dem handel- und gewerbetreibenden Bürgertum oder aus bäuerlichen Lebensverhältnissen in akademische Berufe. An solchen Bruchstellen wurden die Weichen gestellt für den weiteren Aufstieg, bis er schließlich nach einigen Generationen in der reichsrichterlichen Karriere eines Familienmitglieds gipfelte. So hatte ein Assessor der Wetzlarer Zeit zum Beispiel schon einen kursächsischen Hofgerichtsassessor zum Vater. Aber sein Großvater war noch Bader und Wundarzt gewesen, was er als RKG-Assessor in seinem Gesuch um Erhebung in den Adelsstand verleugnete.

Je mehr wir in das 18. Jahrhundert hinein vorstoßen, um so zahlreicher werden die RKG-Assessoren, die nicht nur Väter, sondern auch schon Großväter und weitere ältere Vorfahren mit arrivierten juristischen Berufen gehabt hatten. Die Häufung solcher Beisitzer aus generationenalten Juristenfamilien in der Wetzlarer Zeit ist ein typisches Endprodukt jenes um 1500 einsetzenden Prozesses, den wir als Ausbildung des Juristenstandes im Alten Reich bezeichnen. Nicht nur wurde in solchen etablierten Juristenfamilien die Tradition des Berufsbeamtentums von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Dazu kam die Einheirat in andere Juristenfamilien. Beides trug zu einer zunehmenden sozialen Verdichtung und Verflechtung in diesem Berufsstand bei. Als Ergebnis dieser Entwicklung wird im 18.

Jahrhundert auf der Ebene der landesherrlichen Verwaltung und der Reichsbehörden ein dichtes Netz vielfach miteinander verwandter Juristen sichtbar. Dieses in mehreren Generationen gewachsene, immer dichter und großflächiger werdende Netz war es, aus dem sich in der Spätphase des Alten Reiches die RKG-Assessoren vorzugsweise rekrutierten. Auch die im Laufe des 18. Jahrhunderts immer mehr zunehmenden Verwandtschaftsbeziehungen der RKG-Beisitzer untereinander ordnen sich in den beschriebenen Prozeß sozialer Verflechtung und Selbstrekrutierung der juristisch qualifizierten höheren Amtsträgerschaft ein.

Werfen wir zum Abschluß unserer Betrachtung über die soziale Herkunft der RKG-Beisitzer noch einen Blick hinüber auf die Wetzlarer Bürgergemeinde. So groß die Unterschiede innerhalb der Assessorenschaft hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft waren – das von allen Beisitzern erreichte hohe Richteramt und das nach außen demonstrierte hohe kollektive Standesbewußtsein bewirkten, daß die soziale Distanz zwischen dem gesamten Richterkollegium und den Bürgern der Reichsstadt Wetzlar außerordentlich groß war. Die soziale Zugehörigkeit der in den Wetzlarer Kirchenbüchern verzeichneten Personen, die bei der Taufe von Assessorenkindern Pate standen, spricht eine deutliche Sprache. Patenschaften bei den Kindern von RKG-Assessoren übernahmen neben Verwandten und außerhalb Wetzlars lebenden standesgleichen Bekannten vor allem Assessorenkollegen und deren Frauen. Auch hochstehende fürstliche Persönlichkeiten wie der Lehnsherr oder der

ehemalige Dienstherr des betreffenden RKG-Assessors und Kindsvaters, die sich dann allerdings bei der Taufe vertreten ließen, wurden zu Paten gebeten. Bei nachgeborenen Assessorenkindern findet sich wohl auch einmal ein Kind aus dem Wetzlarer Waisenhaus als Pate. Aber äußerst selten, wenn nicht gar ausgeschlossen war es, daß ein Wetzlarer Bürger ein Assessorenkind aus der Taufe hob. Dagegen ließ es sich ein Wetzlarer Perückenmacher, Hutmacher oder Kutscher eine Ehre sein, einen Assessor, der bei ihm arbeiten ließ, dessen Gattin oder ein älteres Assessorenkind zu Gevattern bei einer eigenen Kindstaufe zu bitten. Der Respekt, der sich darin ausdrückte, war aber keineswegs kennzeichnend für das Verhältnis zwischen der gesamten Wetzlarer Bürgergemeinde und dem reichsrichterlichen Kollegium der RKG-Assessoren. Vielmehr provozierten die herrschaftlich auftretenden RKG-Beisitzer auf seiten der Wetzlarer Handwerker und Ackerbürger vielerlei Animositäten, die in dem bösen Wort vom "Kammergerichtsgeschmeiß" kulminierten⁸. Und aus den Reihen der RKG-Beisitzer kam 1728 die bittere Klage: Es sei heutzutage so weit gekommen, daß nicht nur die subalternen Kameralbediensteten den RKG-Assessoren den schuldigen Respekt gänzlich verweigerten. Sondern sogar mancher "abiecter" Portchaise-Träger bedenke sich erst, ob er vor den RKG-Assessoren den Hut ziehen wolle oder nicht. Hin-

⁸ Zitiert nach: 1767 - 1967. 200 Jahre Zeitung in Wetzlar, S.44; Schoenwerk, Geschichte, S.271.

gegen werde doch einem Wetzlarer Schöffen, obschon er seinem Beruf nach nur Schuster oder Schneider sei, von den Wetzlarer Bürgern der gebührende Respekt gezollt⁹.

Je weiter wir allerdings in der Hierarchie der Kameralpersonen nach unten gehen, um so mehr häufen sich die sozialen Beziehungen zur Wetzlarer Bürgergemeinde. Bezeichnend dafür ist auch, daß sich aus dem Wetzlarer Honoratiorentum, also den wirtschaftlich besser gestellten, im Wetzlarer Magistrat dominierenden Familien während der Wetzlarer Zeit des Reichskammergerichts eine beträchtliche Anzahl von Parteivertretern, also von RKG-Advokaten und -Prokuratoren, rekrutierten. Die Möglichkeit, an den nahegelegenen Universitäten Gießen und Marburg mit nicht allzu großem Kostenaufwand studieren zu können, sowie die Tatsache, daß man ohne Umweg über eine Karriere in landesfürstlichen Diensten sofort nach Studienabschluß in jungen Jahren RKG-Advokat werden konnte, eröffneten auch Wetzlarer Honoratiorenkindern diese Laufbahn. Dagegen bekleidete während der ganzen Wetzlarer Zeit des Reichskammergerichts und auch vorher schon kein einziges Wetzlarer Bürgerkind als Assessor ein Richteramt an diesem höchsten Reichsgericht.

Wenden wir uns nach der sozialen Herkunft der Wetzlarer RKG-Assessoren nunmehr in einem vierten und letzten Punkt ihren Ausbildungsgängen und Karriereverläufen

⁹ Votum des RKG-Assessors Valentin Ferdinand von Gudenus vom 28.9.1728, in: Bundesarchiv Außenstelle Frankfurt, RKG IV C 16 fol.75r-76r, hier fol.75v.

zu. War im 16. und 17. Jahrhundert eine Studiendauer von fünf oder mehr Jahren noch die Regel gewesen, wobei das Studium an ausländischen Universitäten in Frankreich, Italien und den Niederlanden noch einen hohen Stellenwert hatte, so dauerte im 18. Jahrhundert das juristische Studium in der Regel nur noch drei Jahre, und meistens absolvierten die späteren RKG-Assessoren ihre akademische Ausbildung ganz oder zeitweise an der Universität ihres Landesherrn. Nur wenige Universitäten hatten reichsweiten Zuzug, allen voran Göttingen, das wegen seines kombinierten Angebots an theoretischer und praktischer Juristenausbildung seit seiner Gründung 1734 vorbildlich war. Dem Universitätsstudium folgten bei den meisten späteren RKG-Assessoren, vor allem bei den vermögenderen, Bildungs- und Kavaliersreisen durch Deutschland und Europa sowie juristische und reichsrechtliche Praktika am Reichskammergericht in Wetzlar, am Reichshofrat in Wien oder am Regensburger Reichstag. Die Praktika an einem der höchsten Reichsgerichte waren zwar keine gesetzliche Vorbedingung für eine spätere Richterlaufbahn in Wetzlar. Aber wer sich durch ein solches mehrmonatiges Praktikum erste Kenntnisse im sogenannten Kameralstilus, das heißt in dem am Reichskammergericht üblichen Prozeßverfahren, erwarb, steigerte damit nicht nur seine Chancen für die Erlangung einer gehobenen Eingangsposition in landesherrlichen Diensten. Er machte sich dabei auch konkurrenzfähiger im Wettbewerb um eine RKG-Präsentation.

In diesem Zusammenhang ist übrigens die Ausbildungsfunktion des Reichskammergerichts nicht genug zu würdigen. Neben mehreren RKG-Prokuratoren machten es sich eine ganze Reihe von Assessoren mit Engagement zum Anliegen, junge RKG-Praktikanten in kleinen Gruppen an Hand von Prozeßakten in der Praxis des Kameralprozesses auszubilden. So mancher RKG-Beisitzer, der neu in das Kameralkollegium eintrat, begegnete dort unter den amtsälteren Richterkollegen dem Mentor seiner Praktikantenzeit wieder.

Darüber, wie eine für das RKG-Assessorat qualifizierende Vorkarriere auszusehen habe, bestanden am RKG recht genaue Vorstellungen, die zum Teil schon durch die erwähnten Vorschriften der Kammergerichtsordnung gesteuert waren. Als günstige Vorkarriere wurde vor allem eine mehrjährige Tätigkeit in einem oberen Regierungs- und Justizkollegium eines mittleren oder größeren Reichsfürsten angesehen, so daß der Assessoratsanwärter im Referieren und Entscheiden gerichtlicher Sachen geübt war. Diesem Karrieretypus entsprachen aber keineswegs alle RKG-Präsentati. Vor allem die Aufsteiger unter den Assessoratsanwärtern, die sich aus Mangel an Geld und karriereträchtigen Beziehungen mit niedrigen Anfangspositionen zum Beispiel als freier Rechtsanwalt oder als Richter an einem Untergericht hatten begnügen müssen, stießen wegen ihrer als ungenügend eingestuftten Vorkarrieren oft auf die Kritik des Kameralkollegi-

ums. Ein Syndikus des Wetzlarer Magistrats zum Beispiel, der als reichsstädtischer Beamter mit juristischer Fachkompetenz innerhalb der aus Handwerkern, Ackerbürgern und kleinen Kaufleuten bestehenden Bürgergemeinde beträchtliches Ansehen genoß, hätte im 18. Jahrhundert keine Chance gehabt, von dieser Vorposition weg sich den Zugang zum RKG-Assessorat zu eröffnen. Aber auch eine reine Lehrtätigkeit als Universitätsprofessor – mochte der Betreffende auch eine wissenschaftliche Kapazität sein – stieß auf den Widerstand und die Skepsis der Praktiker gegenüber dem bloßen Theoretiker.

Eine ideale Vorkarriere, die ihn uneingeschränkt für das Amt eines RKG-Assessors qualifizierte, verkörperte der porträtierte Johann Ulrich Freiherr von Cramer. Der in Ulm geborene, an den Universitäten Marburg und Leipzig ausgebildete Cramer hatte sich schon während seiner zehnjährigen Tätigkeit als Professor in Marburg nicht nur durch seine Vorlesungen und juristischen Abhandlungen, sondern auch durch seine richterliche Gutachter- und Spruchttätigkeit einen Namen gemacht, bevor er für drei Jahre als Reichshofrat nach Wien ging. Er hatte sich also bereits als oberster Reichsrichter bei der Wiener Konkurrenz profiliert, bevor er – auf Grund politischer Umstände nicht ganz freiwillig – von Wien an das andere höchste Reichsgericht in Wetzlar überwechselte. Die meisten anderen Vorkarrieren von Assessoren der Wetzlarer Zeit sahen nicht ganz so hochkarätig aus.

Cramers Biographie ist auch ein gutes Beispiel dafür, daß ein Jurist, wenn er eine Spitzenkarriere machen wollte, dafür meistens eine große Bereitschaft zu geographischer Mobilität mitbringen mußte. Das galt für die Aufsteiger noch mehr als für Juristen, deren Familien in der obersten Beamtschaft eines landesfürstlichen Territoriums bereits fest etabliert waren. Der Wechsel auf ein RKG-Assessorat in Wetzlar setzte aber von allen Juristen, gleich welcher sozialen Herkunft, ein hohes Maß an geographischer Mobilität voraus, gemildert nur durch die Größe der Entfernung zwischen bisherigem Wohnort und dem Sitz des Reichskammergerichts. Denn nach Vorschrift der Kameralverfassung sollten die auf ein RKG-Assessorat präsentierten Juristen aus dem Gebiet des präsentationsberechtigten Reichsstandes oder wenigstens aus benachbarten Territorien stammen, damit neben dem gemeinen Recht auch die Partikularrechte der einzelnen Landschaften, vermittelt durch die Assessoren, in der Rechtsprechung des Reichskammergerichts genügend berücksichtigt werden konnten. Diese Vorschrift wurde zwar im 18. Jahrhundert keineswegs immer eingehalten. Dennoch war auch in der Wetzlarer Zeit die Streuung der Herkunftsgebiete, aus denen die RKG-Beisitzer kamen, sehr groß. Südtirol, Wien, Brünn in Mähren, die Lausitz, die Küstenterritorien von Mecklenburg bis Ostfriesland, die Grenzgebiete zu Luxemburg und Frankreich sind etwa die geographischen Eckpfeiler für das Einzugsgebiet der RKG-Assessoren während der Wetzlarer Zeit.

Der enge Zusammenhang zwischen geographischer Mobilität und beruflichem Aufstieg, der schon bei den Vorkarrieren sowie im Zusammenhang mit der Erlangung eines RKG-Assessorats eklatant ist, spielt auch bei den Nachkarrieren der Assessorengruppen eine Rolle. Zwar bildete im 18. Jahrhundert für den größeren Teil der Beisitzer das RKG in Wetzlar die Endstation ihrer Laufbahn, wobei eine Amtsdauer von 20 bis 40 Jahren keine Seltenheit war. Jedoch qualifizierte die Tätigkeit als Richter an einem der beiden höchsten Reichsgerichte vor allem wegen der dabei erworbenen Spezialkenntnisse im Reichsrecht, in der politischen und verfassungsrechtlichen Struktur von Reich und Territorien auch noch für andere, noch höher eingeschätzte Positionen in Diensten von Kaiser und Reichsständen. Für eine gar nicht kleine Zahl von RKG-Beisitzern der Wetzlarer Zeit wurde daher ihr reichsrichterliches Amt zum Sprungbrett für hochrangige Nachkarrieren. Das heißt, sie legten nach mehrjähriger Amtszeit in Wetzlar ihr Beisitzeramt nieder und wechselten auf leitende Stellen in Justiz, Verwaltung oder Diplomatie sei es in landesfürstlichen Diensten, sei es in anderen Reichsbehörden über. Vor allem Positionen mit politischem Akzent wie eine Stellung als Reichstagsgesandter in Regensburg, als Reichsreferendar in Wien oder als erster Minister eines Landesfürsten waren begehrt, denn so mancher Assessor mit politischem Ehrgeiz war nach mehrjähriger richterlicher Tätigkeit am Reichskammergericht des Aktenstaubs überdrüssig.

Unter dem Aspekt der Nachkarrieren sind vor allem die Biographien derjenigen 21 Beisitzer des Wetzlarer Kameralkollegiums interessant, die beim Untergang des Alten Reiches und der Auflösung des Reichskammergerichts ihrer bisherigen Funktion enthoben wurden. 13 von ihnen fanden als Regierungspräsidenten, als Direktoren, Präsidenten und Vizepräsidenten von höchsten Gerichten, als hohe Ministerialbeamte oder sogar als Minister einen neuen Tätigkeitsbereich im Dienst der neuen souveränen Staaten und trugen so in nicht unbedeutender Position das Ihre zur Gestaltung der neuen Rechts- und Verwaltungsverhältnisse bei. 8 andere, vornehmlich ältere bisherige RKG-Assessoren blieben bis zu ihrem Tod, zum Teil noch bis in die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts hinein als Pensionäre am Ort des ehemaligen Reichskammergerichts und stellten insgesamt den lebendigen Überrest einer untergegangenen Institution dar. Sie mußten nicht nur mit den neuen politischen Mächten einen zähen Kampf um die Sicherung ihrer materiellen Subsistenz führen, sondern erlebten auch das Herabsinken Wetzlars zu einer Landstadt, die nach dem Verlust des Reichskammergerichts ihres wichtigsten Wirtschaftsfaktors beraubt war und schweren wirtschaftlichen Zeiten entgegenging.

Johann Wolfgang Goethe kümmerte sich während seines kurzen Wetzlarer Aufenthalts im Sommer 1772, als er sich eigentlich dem Studium des Kameralprozesses widmen sollte, herzlich wenig um die Arbeit des Reichskammergerichts. In seinem Alterswerk "Dich-

tung und Wahrheit" holte er jedoch das Versäumte nach und gelangte zu einer eingehenden und gerechten Würdigung dieses inzwischen aufgelösten hohen Reichsgerichts, seiner Leistungen ebenso wie seiner Schwächen. Über die RKG-Assessoren schrieb Goethe, anknüpfend an die ewige Besoldungs- und Personal-misere des Kameralkollegiums sowie die Masse an unerledigten Prozessen: "Man begreift oft nicht, wie sich nur Männer finden konnten zu diesem undankbaren und traurigen Geschäft. Aber was der Mensch täglich treibt, läßt er sich, wenn er Geschick dazu hat, gefallen, sollte er auch nicht gerade sehen, daß etwas dabei herauskomme. Der Deutsche besonders ist von einer solchen ausharrenden Sinnesart, und so haben sich drei Jahrhunderte hindurch die würdigsten Männer mit diesen Arbeiten und Gegenständen beschäftigt. Eine charakteristische Galerie solcher Bilder würde noch jetzt Anteil erregen und Mut einflößen"¹⁰.

Ich konnte Ihnen die von Goethe gewünschte Galerie in diesem Vortrag nicht Bild für Bild an Hand der Einzelbiographien aller RKG-Assessoren vorführen. Aber auch der Überblick über das Kameralkollegium der Wetzlarer Zeit mag gezeigt haben, wie fruchtbar eine sozialgeschichtliche Untersuchung dieser obersten Richter des Alten Reiches ist.

¹⁰ Johann Wolfgang von Goethe. Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit, 3. Tl., 12. Buch = Goethes Werke (Hamburger Ausgabe), Bd.9, Autobiographische Schriften Bd.1, 5. Aufl. Hamburg 1964, S.528 f.

tung und Wahrheit" holte er jedoch das Versäus-
 noch und gelangte zu einer eingehenden und gerech-
 ten Würdigung dieses inzwischen aufgelösten hohen
 Reichsgerichts, seiner Leistungen ebenso wie seiner
 Schwächen. Über die RKG-Assessoren schrieb Goethe,
 anknüpfend an die ewige Besoldungs- und Personal-
 misere des Kammeralkollegiums sowie die Masse an un-
 erledigten Prozessen: "Man begreift oft nicht, wie
 sich nur Männer finden konnten zu diesem undankbaren
 und traurigen Geschäft. Aber was der Mensch täglich
 treibt, läßt er sich, wenn er Geschick dazu hat, ge-
 fallen, sollte er auch nicht gerade sehen, daß etwas
 dabei herauskomme. Der Deutsche besonders ist von
 einer solchen ausbarrenden Sinnesart, und so haben
 sich drei Jahrhunderte hindurch die würdigsten Männer
 auf diesen Arbeiten und Gegenständen beschäftigt. Eine
 charakteristische Galerie solcher Bilder würde noch
 jetzt Anteil erregen und Mut einflößen"¹⁰.

Ich konnte Ihnen die von Goethe gewünschte Galerie
 in diesem Vortrag nicht Bild für Bild an Hand der
 Einzelbiographien aller RKG-Assessoren vorführen.
 Aber auch der Überblick über das Kammeralkollegium
 der Weizsäcker Zeit mag gezeigt haben, wie froch-
 bar eine sozialgeschichtliche Untersuchung dieser
 obersten Richter des Alten Reiches ist.

¹⁰ Johann Wolfgang von Goethe, Aus meinem Leben. Dichtung und
 Wahrheit, I. II., 12. Buch = Goethes Werke (Hamburger Aus-
 gabe), Bd. 9, Autobiographische Schriften, 21.1, 3. Aufl.
 Hamburg 1964, S. 528 f.

